



Rainer Arnold

Mitglied des Bundestages
Verteidigungspolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

PRESSEMITTEILUNG

pm Nr. 11-13

29.04.13

„Besser und Gerechter in Deutschland leben. Wert der Arbeit wieder schätzen.“

Zum 1. Mai erklärt der Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Nürtingen/Kirchheim/Filder Rainer Arnold (SPD):

Dieses Jahr ist der Tag der Arbeit ein besonderer Tag. Denn am 23. Mai feiert die SPD ihren 150ten Geburtstag. Damals wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet, aus dem die SPD hervorging. 150 Jahren Eintreten für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, auch unter Gefahr des eigenen Lebens. Man denke hier nur an Otto Wels mit seiner mutigen Rede und dem berühmten Satz: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

150 Jahre, in denen die Sozialdemokraten sich auch für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt haben. Nach wie vor gilt für uns: Eine freie und gerechte Gesellschaft ist nur mit freien Gewerkschaften und starken Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben und Verwaltungen möglich.

Die derzeit guten Wirtschafts- und Arbeitsmarktzahlen in Deutschland sind auch ein Ergebnis guter sozialdemokratischer Politik, wie beispielsweise das Kurzarbeitergeld in der Wirtschaftskrise oder die sozialdemokratische Reformpolitik unter Gerhard Schröder. Allerdings müssen Instrumente und Reformen stets auf deren Wirksamkeit überprüft werden und sichtbar gewordene Fehlentwicklungen korrigiert werden.

Die SPD ist die Partei der Arbeit. Wir setzen uns flächendeckend für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50€ ein, damit die Menschen von ihrer Arbeit leben können. Gute Arbeit heißt aber auch, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen wieder die Regel werden und befristete Arbeitsverträge eingeschränkt werden. Leiharbeit kann nur als Ausgleich für kurzfristige Auftragspitzen, nicht jedoch als Ersatz der Normalarbeitsverhältnisse erhalten. Dabei gilt, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt werden soll. Eine gute Arbeit ist zudem Voraussetzung für gute Renten. Wir brauchen eine Mindestabsicherung im Alter. Eine aus Steuermitteln finanzierte Solidar-Rente, die nach 40 Jahre Vollzeiterwerbstätigkeit eine Absicherung oberhalb der Grundsicherung garantiert. Weiter muss an besseren Übergängen beim Eintritt ins Rentenalter gearbeitet werden.

Das alles wäre auch die Aufgabe der Bundesregierung. Sie sollte dafür Sorgen tragen, dass der Wert der Arbeit wieder geschätzt wird. Denn Arbeit ist für die meisten mehr als ein Job. Ein Beruf ermöglicht am Leben teilzunehmen und Arbeit bedeutet Selbst-



Rainer Arnold MdB

bestimmung und Anerkennung. Dazu gehören gerechte Löhne. Seit einigen Jahren findet jedoch ein Prozess massiver Entwertung von Arbeit statt. Der Arbeitsmarkt ist tief gespalten und prekäre Beschäftigungen haben zugenommen. Leider versagt die Bundesregierung nicht nur gesetzgeberisch.

Zu sehen ist vielmehr eine konzeptlose Politik, die zudem für massive Unsicherheit sorgt. Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik um insgesamt 6,5 Milliarden Euro. Es wird nicht in die Fachkräfteausbildung und somit in die Zukunft investiert. Aufgabe der Regierung wäre es jedoch gemeinsam mit den Ländern Berufsschulen und Fachhochschulen zu Zentren der Weiterbildung auszubauen. Denn Bildung ist der Schlüssel zu selbstbestimmten, teilnehmenden Leben.

Die Ergebnisse in der Bildungspolitik sind deutlich: Der Bildungserfolg hängt immer noch vom Geldbeutel der Eltern ab. So lassen wir viele qualifizierte junge Menschen zurück. Dem müssen wir entgegensteuern. Es sollte keiner auf Dauer und unwiderruflich ausgeschlossen sein. Wir müssen ausreichend Lehrer, Kitas und Ganztageschulen flächendeckend und in guter Qualität bereitstellen. Die Antwort wie dies finanziert werden soll, bleibt die Koalition schuldig. Eines ist für uns klar, wir benötigen Steuereinnahmen für einen leistungsfähigen Staat, damit ein Aufstieg durch Bildung zu erreichen ist. Dies ist eine zentrale Forderung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Politik seit 150 Jahren.

Aus diesem Grund setzten sich die Sozialdemokraten für einen höheren Spitzensteuersatz (49%), höhere Steuern auf Kapitalerträge und die Vermögenssteuer ein. Denn wir möchten gemeinsam den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken und für eine gute Zukunft Vorsorge treffen. Unsere Pläne sind ehrlich, gerecht und ausgewogen. Normalverdiener werden nicht mehr zahlen und Spitzenverdiener werden einen gerechten Anteil an der Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Die Lebensqualität der Spitzenverdiener wird damit nicht eingeschränkt, für sie ändert sich nichts. Eine rechtssichere, gerechte und gleichmäßige Besteuerung sollte das Ziel sein.

Man muss Reichtum nicht kritisieren, aber der Staat darf die Bekämpfung von Armut auch nicht der Caritas überlassen. Zum Gerechtigkeitsempfinden gehört dazu, dass starke Schultern mehr tragen sollten als Schwache.

Die Bundesregierung jedoch hat ein deutsch-schweizerisches Steuerabkommen vereinbart, welches Steuerhinterzieher schützt und die Steuergerechtigkeit aushebelt. Ein automatischer Informationsaustausch, das Ende des überholten Bankgeheimnisses und die Aufhebung der Anonymität der Steuerhinterzieher gibt es mit dem Abkommen nicht. Wir alle müssen aber gemeinsam für eine gerechte solidarische und freie Gesellschaft eintreten. Dies galt vor 150 Jahren und gilt auch jetzt.